Kleine Anfrage

des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE

und

Antwort

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Meldepflicht für antisemitische und andere religiös oder ethnisch motivierte Diskriminierungsvorfälle an Schulen in Baden-Württemberg II

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Von welchen Schulen aus welchen Orten sind die registrierten Vorfälle religiös oder ethnisch motivierter Diskriminierung gemeldet worden (Drucksache 16/5293, Antwort zu Frage 1.)?
2. Wie viele antisemitisch, religiös oder ethnisch motivierte Diskriminierungsvorfälle wurden jeweils von diesen Schulen gemeldet (bitte aufgeschlüsselt nach Kategorie)?
3. Was waren die Beweggründe, die Meldepflicht einzuführen?
4. Wie wird sichergestellt, dass die Meldepflicht durch Lehrkräfte und Schulleitungen flächendeckend umgesetzt wird?
5. Wie wird eine flächendeckende und qualitativ miteinander vergleichbare Weiterbildung aller Lehrkräfte gewährleistet, sodass diese mit ausreichenden Kenntnissen ausgestattet werden, um religiöse oder ethnische Diskriminierungsfälle einordnen zu können?
6. Wie viele Lehrkräfte (in Prozent) haben bisher an Fortbildungen zu diesem Schwerpunkt teilgenommen?
7. Wie wird durch die Schulen im Land bekannt gemacht, dass alle am Schulleben Beteiligten Vorfälle an zuständige Stellen melden können, wenn dies nur über den Dienstweg möglich ist (Drucksache 16/5293, Antwort zu Frage 2. und 5.)?

18. 01. 2019

Halder GRÜNE

Eingegangen: 22.01.2019/Ausgegeben: 22.02.2019

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ist eine frühe Intervention und Prävention in Fällen von religiöser oder ethnischer Diskriminierung von großer Bedeutung.

Von den verschiedensten Religionsgemeinschaften kam es immer wieder zu Hinweisen, dass die Zahl der Fälle von religiös oder ethnisch motivierter Diskriminierung auch an Schulen stark gestiegen sei.

Ziel dieser Kleinen Anfrage ist herauszufinden, ob es eine Diskrepanz der tatsächlichen Vorfälle zu den wenigen Meldungen von nur sechs Schulen im Zeitraum April bis Dezember 2018 in Baden-Württemberg gibt.

Antwort

Mit Schreiben vom 12. Februar 2019 Nr. RA-7162.0/142 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Von welchen Schulen aus welchen Orten sind die registrierten Vorfälle religiös oder ethnisch motivierter Diskriminierung gemeldet worden (Drucksache 16/5293), Antwort zu Fragen 1.)?*
- 2. Wie viele antisemitisch, religiös oder ethnisch motivierte Diskriminierungsvorfälle wurden jeweils von diesen Schulen gemeldet (bitte aufgeschlüsselt nach Kategorie)?*

Zwischenzeitlich liegen dem Kultusministerium Informationen über Anlassfälle seit Einführung der Meldepflicht am 11. April 2018 an 13 Schulen vor. In einigen Fällen datieren die Vorkommnisse bereits vor Einführung der Meldepflicht. Häufig haben die gemeldeten Vorfälle sowohl einen rechtsextremen als auch einen antisemitischen Charakter. Die Fälle reichen von weniger schwer wiegenden bis hin zu schwer wiegenden. Fälle einer anderweitig religiös und ethnisch motivierte Diskriminierung wurden nicht gemeldet. Konkret wurden mitgeteilt:

- Ein allgemein bildendes Gymnasium aus dem Landkreis Lörrach meldete mehrere rechtsextreme und/oder antisemitische Vorfälle, die möglicherweise in einem zeitlichen und persönlichen Zusammenhang stehen. Strafrechtliche Ermittlungen wurden eingeleitet, Erziehungs- bzw. Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz ergriffen. Es handelt sich um einen schwer wiegenden Fall.
- Ein weiteres allgemein bildendes Gymnasium im Landkreis Lörrach teilte mit, dass mehrere Schüler an einem antisemitischen Vorfall beteiligt waren. Es wurden Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz ergriffen und die Strafverfolgungsbehörden informiert.
- Ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum aus dem Rhein-Neckar-Kreis meldete einen rechtsextremen Vorfall. Die Strafverfolgungsbehörden wurden eingeschaltet, Erziehungs- bzw. Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz ergriffen.
- Eine Werkrealschule aus dem Landkreis Freudenstadt meldete einen Fall eines Schülers, der mehrfach durch rechtsextreme und/oder antisemitische Äußerungen aufgefallen war.
- Eine berufliche Schule aus dem Rems-Murr-Kreis meldete einen rechtsextremen und/oder antisemitischen Vorfall. Es konnte keine Täterschaft ermittelt werden.

- Ein allgemein bildendes Gymnasium aus dem Ortenaukreis meldete einen Vorfall mit einem Schüler, der durch rechtsextreme und/oder antisemitische Äußerungen aufgefallen war. Die Strafverfolgungsbehörden wurden eingeschaltet. Erziehungs- bzw. Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz wurden ergriffen.
- Ein allgemein bildendes Gymnasium aus dem Landkreis Karlsruhe meldete einen rechtsradikalen und/oder antisemitischen Vorfall. Die Strafverfolgungsbehörden wurden eingeschaltet. Maßnahmen nach § 90 wurden ergriffen.
- Eine Realschule aus dem Alb-Donau-Kreis meldete einen Vorfall mit einem Schüler, der durch rechtsextreme bzw. antisemitische Äußerungen aufgefallen war. Erziehungs- bzw. Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz wurden ergriffen, die Strafverfolgungsbehörden eingeschaltet.
- Ein allgemein bildendes Gymnasium aus dem Landkreis Heidenheim meldete einen rechtsextremen und/oder antisemitischen Vorfall, an dem zwei Schüler beteiligt waren. Erziehungs- bzw. Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz wurden ergriffen.
- Aus einem allgemein bildenden Gymnasium im Landkreis Heilbronn wurde eine Reihe von Vorfällen mit rechtsradikalem und antisemitischem sowie gewaltverherrlichendem Inhalt berichtet. Es wurden Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz ergriffen. Die Strafverfolgungsbehörden haben Ermittlungen aufgenommen.
- Eine berufliche Schule aus dem Ostalbkreis meldete mehrere Fälle mit rechtsextremem und/oder antisemitischem Charakter. In einem Fall konnte ein Täter ermittelt werden. Die Strafverfolgungsbehörden wurden eingeschaltet.
- Eine berufliche Schule im Main-Tauber-Kreis meldete mehrere antisemitische Vorkommnisse, an denen mehrere Schüler beteiligt waren. Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen wurden ergriffen. Es handelt sich um einen schwer wiegenden Fall.
- Ein allgemein bildendes Gymnasium aus dem Landkreis Waldshut meldete Hakenkreuz-Schmierereien sowie einen weiteren Anlassfall, der möglicherweise rechtsextremistisch und/oder antisemitisch zu deuten ist. Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen nach § 90 Schulgesetz wurden ergriffen.

3. Was waren die Beweggründe, die Meldepflicht einzuführen?

Mit der Einführung der Meldepflicht soll ermöglicht werden, die Entwicklung der Häufigkeit und Schwere antisemitischer und anderweitig religiös sowie ethnisch begründeter Diskriminierungen im Längsschnitt erfassen zu können. Ferner soll eine entsprechende Mitteilung der Schule zum Anlass genommen werden, der Schule – sofern erforderlich – zusätzliche Unterstützung anzubieten.

4. Wie wird sichergestellt, dass die Meldepflicht durch Lehrkräfte und Schulleitungen flächendeckend umgesetzt wird?

Die Schulleitungen, denen die Verantwortung für die Umsetzung der Meldepflicht obliegt, wurden schriftlich hierüber informiert. Ferner war die Meldepflicht Gegenstand von Dienstbesprechungen mit den unteren und oberen Schulaufsichtsbehörden.

5. Wie wird eine flächendeckende und qualitativ miteinander vergleichbare Weiterbildung aller Lehrkräfte gewährleistet, sodass diese mit ausreichenden Kenntnissen ausgestattet werden, um religiöse oder ethnische Diskriminierungsfälle einordnen zu können?

Ziel des Bildungsplans ist es unter anderem, die Fähigkeit zum interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie zum dialogorientierten, friedlichen Umgang mit

unterschiedlichen Positionen zu erlernen. Damit wird zugleich ein Beitrag zur Menschenrechts- und Friedensbildung und zur Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft geleistet.

Ergänzend gibt es im Rahmen der amtlichen Lehrkräftefortbildung spezifische Veranstaltungen z. B. zu den Themen wie Antisemitismus, Diskriminierung, Salafismus oder Extremismus.

Neben den Veranstaltungen im Rahmen der amtlichen Lehrkräftefortbildung fanden und finden Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Anbietern von Lehrkräftefortbildungen wie z. B. dem Zentrum für Islamische Theologie Tübingen, dem Demokratiezentrum der Jugendstiftung Baden-Württemberg, der Aktion Bildungsinformation e. V. statt. In die Veranstaltungen werden auch Experten des Landeskriminalamts, der Landeszentrale für politische Bildung und des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg „konex“ eingebunden.

Ein Teil der pädagogischen und didaktischen Handlungsmöglichkeiten gegen Antisemitismus in der Schule ist die Erinnerungskultur und Erinnerungsdidaktik; diese ist ebenfalls Gegenstand der Lehrkräftefortbildung.

Das Kultusministerium arbeitet hierzu auf der Grundlage einer gemeinsamen Absichtserklärung mit der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem zusammen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit finden Seminare für Lehrkräfte (insbesondere für Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Lehrkräftefortbildung) in Israel und Baden-Württemberg statt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden schulart- und fächerübergreifend und auch unter Einbeziehung der neuen Medien multipliziert. Im Rahmen der amtlichen Lehrkräftefortbildung in Baden-Württemberg gibt es darüber hinaus eine Vielzahl von Veranstaltungen und Maßnahmen, die die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus zum Thema haben und sich für Zivilcourage und gegen Extremismus einsetzen. Im Dezember 2018 fand zum Beispiel ein schulart-übergreifender Fachtag zum Thema Antisemitismus statt.

Zudem stellt das Kultusministerium Lehrkräften Handreichungen zu diesem Themenkomplex zur Verfügung, z. B. die „Handreichung zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen“ und zum Thema Extremismus und Salafismus „Jugendliche im Fokus salafistischer Propaganda“.

6. Wie viele Lehrkräfte (in Prozent) haben bisher an Fortbildungen zu diesem Schwerpunkt teilgenommen?

Neben den erwähnten Bildungsplanfortbildungen nahmen im Rahmen der amtlichen Lehrkräftefortbildung im Jahr 2018 schulartübergreifend 714 Lehrkräfte an Fortbildungen zum Schwerpunktthema teil, das sind 0,6 % der Gesamtzahl aller an amtlichen Fortbildungsveranstaltungen teilnehmenden Personen.

7. Wie wird durch die Schulen im Land bekannt gemacht, dass alle am Schulleben Beteiligten Vorfälle an zuständige Stellen melden können, wenn dies nur über den Dienstweg möglich ist (Drucksache 16/5293, Antwort zu Frage 2. und 5.)?

Mit Schreiben vom 18. Mai 2018 hat das Kultusministerium alle Schulen in Baden-Württemberg aufgefordert, antisemitische Vorfälle zu melden. Grundsätzlich steht es Bürgerinnen und Bürgern immer offen, sich mit Hinweisen und Eingaben an zuständige Stellen zu wenden.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport